Hubert Leber, in: Berliner Zeitung, 13. August 2001

Am besten bleibt alles wie bisher

Rolf Steininger untersucht, warum die Westalliierten im August 1961 stillhielten

Für die westdeutsche Politik war der 13. August 1961 die "Stunde der großen Desillusion", wie Heinrich Krone, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in sein Tagebuch schrieb. Die Passivität der Westmächte während des Mauerbaus machte deutlich, dass deren Interessen sich nicht mehr mit dem deutschen Verlangen nach nationaler Einheit deckten. Für Empörung sorgte vor allem der Eindruck, dass die westlichen Verbündeten die Abriegelung des Ostsektors sogar mit einer gewissen Erleichterung zur Kenntnis nahmen, schien sich dadurch doch ein Ausweg aus der seit fast drei Jahren schwelenden Berlin-Krise zu ergeben. Hatten die Westmächte vom bevorstehenden Mauerbau gewusst? Welche Interessen vertraten sie in Berlin? Standen sie auch intern hinter dem öffentlich vorgetragenen Bekenntnis zur deutschen Wiedervereinigung?

Um diese Fragen zu beantworten, hat Rolf Steininger, Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, umfangreiche Aktenbestände aus britischen und amerikanischen Archiven zum Teil erstmals ausgewertet. So ist eine anglo-amerikanische Sicht der Ereignisse entstanden. Dabei geht es Steininger nicht allein um den Mauerbau, sondern um die Einbettung dieses Ereignisses in die Berlin-Krise. Chruschtschow hatte die Krise im November 1958 mit seiner ultimativen Forderung nach Errichtung einer "Freien Stadt" West-Berlin – die einen Verzicht des Westens auf seine Besatzungsrechte in der Stadt vorausgesetzt hätte – ausgelöst, und sie sollte erst nach der Kuba-Krise von 1962 enden.

Steininger gelingt es nicht nur, einen Blick hinter die Kulissen der offiziellen Politik zu werfen; er ist auch ein hervorragender Erzähler, der Besprechungsprotokolle, Memoranden und diplomatische Briefwechsel so spannend ausbreiten kann, dass der Leser die Dramatik des Geschehens nachempfindet.

Muss man das bisherige Bild von der amerikanischen und der britischen Berlin-Politik nun revidieren? Wohl nicht grundlegend. Schon bislang war bekannt, dass die USA und die Briten – anders als Adenauer, der für eine Politik der Festigkeit gegenüber Chruschtschow eintrat – nach Spielräumen für Kompromisse suchten. Es war vor allem der britische Premierminister Harold Macmillan, der mit dem Gedanken einer faktischen Anerkennung der DDR und eines partiellen Verzichts auf alliierte Rechte in Berlin spielte. Und dass die Westmächte Chruschtschow einen Wink für eine mögliche Lösung des Flüchtlingsproblems der DDR geben wollten, als sie in ihren Garantieerklärungen vom Juli

1961 lediglich Rechtspositionen zu West-Berlin ansprachen und den freien Verkehr innerhalb der Stadt unerwähnt ließen – auch diese Deutung ist bereits Handbuchwissen. In der großen Streitfrage aber, wie viel man im Westen konkret von Absperrungsmaßnahmen wusste, ist man laut Steininger trotz der vielen inzwischen freigegebenen Akten "nicht sehr viel weiter als vor zwanzig, dreißig Jahren".

Der eigentliche Erkenntniswert des Buches liegt vielmehr darin, dass es die Wahrnehmungsmuster und Reaktionsweisen der britischen und amerikanischen Berlin-Politik erstmals über mehrere Jahre hinweg detailliert nachzeichnet. So wird das Verhalten im August 1961 nachvollziehbar als Teil einer generellen Hinwendung zur Akzeptanz von "Realitäten" – obwohl der Autor seine Missbilligung dieser Politik "auf Kosten der Deutschen" immer wieder in den Text einfließen lässt. Wie sehr die Welt während der Berlin-Krise am Rande eines Atomkrieges stand, wird auf beklemmende Weise deutlich. Kennedy war entschlossen, sich von der sowjetischen Kriegsdrohung für den Fall einer weiteren Präsenz der Westmächte in Berlin nicht einschüchtern zu lassen. Dabei musste allerdings definiert werden, für welche Rechte die USA im Ernstfall selbst in einen militärischen Konflikt eintreten würden. Diese "essentials" waren für Kennedy die Anwesenheit der Westalliierten in West-Berlin, der freie Zugang zur Stadt und die Freiheit der West-Berliner. Der Mauerbau erwies sich so als Niederlage Chruschtschows, der seine auf ganz Berlin gerichteten Ziele zurückstecken musste. Aber auch für den Westen gab es angesichts der Atomkriegsgefahr keine Alternative zur Grundregel des Ost-West-Konflikts, die eine Intervention jenseits der Demarkationslinie nicht zuließ.

Zwar war nach einer Lageeinschätzung des US-Außenministers Dean Rusk vom 15. August die Lösung des Berlin-Problems durch den Mauerbau "eher leichter" geworden; dennoch hatte das State Department einer möglichen Sperrung des letzten Schlupflochs für DDR-Flüchtlinge vor dem 13. August mit Sorge entgegengesehen – man rechnete mit einer "Explosion wie 1953" in der DDR und einem dadurch verschärften Kriegsrisiko zwischen Ost und West. Es sollte nicht deswegen zu Unruhen in der DDR kommen, so Rusk am 12. August, weil man ein militärisches Eingreifen des Westens erwarte.

Aus Steiningers Aktenfunden ergibt sich manch neuer kräftiger Pinselstrich für das Bild einer amerikanischen und britischen Strategie, die vornehmlich auf die Erhaltung des Status quo bedacht war. Dies betrifft vor allem die britische Seite, die auch von Misstrauen gegenüber der Bundesrepublik und den "alten Nazis" in Politik, Wirtschaft und Militär geleitet war. So kam es im Februar 1962 zu einer grundsätzlichen Aussprache zwischen Macmillan und seinem Außenminister Home zur deutschen Frage. Das entsprechende Dokument sei wahrscheinlich nur aus Versehen freigegeben worden, so Steininger, kann man hier doch schwarz auf weiß nachlesen, dass die britische Führung sich kein vereinigtes Deutschland wünschte. Vielmehr warf Home die Frage auf, wie weit Großbritannien bereit sei, der Sowjetunion bei der Durchsetzung ihrer essenziellen Interessen in Osteuropa – Anerkennung der DDR und der vorhandenen Grenzen – zu helfen.

Das Beste wäre es, so Home, es bliebe alles so wie bisher, mit der DDR als schlechtem Aushängeschild für den Kommunismus und Belastung für die Sowjetunion. Dass die britische Regierung – entgegen ihren offiziellen Verlautbarungen – die Zielvorstellung der deutschen Einheit ablehnte, ist für Steininger "auch aus heutiger Sicht noch ein Skandal" – "Macmillan war in jenen Jahren in vielfacher Hinsicht der beste Verbündete Chruschtschows."